

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/7666/1523626/oxfam-und-bund-erfolg-in-kopenhagen-noch-moeglich-aber-industrielaender-wollen-greenwashing> abgerufen werden.

# BUND

## Oxfam und BUND: Erfolg in Kopenhagen noch möglich, aber Industrieländer wollen "Greenwashing"

03.12.2009 - 11:28 Uhr, BUND

Berlin (ots) - Die Entwicklungshilfeorganisation Oxfam Deutschland und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sehen wenige Tage vor dem Start des Weltklimagipfels in Kopenhagen noch Chancen für einen Erfolg, aber nur, wenn sich vor allem die Industrieländer bei den strittigen Fragen noch bewegen. Vor allem bei den Schwellenländern habe es in den letzten Wochen immer mehr Bewegung gegeben. Jetzt müssten die Industrieländer ihre Angebote deutlich nachbessern. Deutschland und die Europäische Union stünden in der Verantwortung, bis zuletzt auf ein rechtlich verbindliches Abkommen hinzuarbeiten und von den USA stärkere Klima-Ziele zu fordern.

Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND: "Die Weltgemeinschaft muss sich in Kopenhagen dringend auf ein faires Klimaabkommen einigen, das die Erderwärmung so weit wie möglich unter zwei Grad Celsius begrenzt. Unverbindliche Absichtserklärungen reichen nicht aus. Die Industrieländer müssen sich völkerrechtlich verbindlich verpflichten, ihre eigenen Emissionen um mehr als 40 Prozent bis 2020 zu reduzieren. Die bisherigen Angebote ergeben zusammen aber nicht einmal 20 Prozent. Wenn hier nicht nachgebessert wird, stürzen die Industrieländer die Welt in eine Katastrophe."

Die bisherige Weigerung der Industriestaaten, ausreichende Klimaschutzziele vorzulegen, schade vor allem den Menschen in den ärmsten Ländern der Welt. Sie spürten die Folgen des Klimawandels wie Wetterextreme in Form von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen am stärksten. Nach Berechnungen von Oxfam wird sich die Zahl der wegen des Klimawandels jedes Jahr in Not geratenen Menschen in den nächsten Jahren um 50 Prozent auf 375 Millionen Menschen erhöhen.

Jan Kowalzig, Klima-Referent bei Oxfam Deutschland: "Wir brauchen eine faire Lastenverteilung beim Klimaschutz; die Industrieländer müssen die armen Länder dabei finanziell unterstützen. Die Mittel hierfür sollten bis 2020 auf mindestens 110 Milliarden Euro jährlich anwachsen - für klimafreundliche Entwicklung und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Deutschlands Anteil an diesem Betrag sollte bei sieben bis zehn Milliarden Euro liegen. Nur wenn die Industrieländer sich in dieser Frage bewegen, werden die Schwellen- und Entwicklungsländer ein Abkommen als gerecht empfinden und bereit sein, eigene Beiträge zur Bewältigung der Krise zuzusagen."

Ein ausreichend ehrgeiziges Klimaabkommen sei gleich in mehrfacher Hinsicht im Interesse Deutschlands, so der BUND und Oxfam. Zum einen würden auch hierzulande erhebliche Klimaschäden vermieden, zum anderen ergebe sich daraus ein enormes Potential für die deutsche Wirtschaft. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sind bei einem ambitionierten Kopenhagen-Abkommen zusätzliche jährliche Exporterlöse etwa im Bereich klimafreundlicher Technologien und Dienstleistungen von ca. 30 Milliarden Euro zu erwarten.

Einen BUND/Oxfam-Hintergrund zu Kopenhagen finden Sie im Internet unter: [http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/umweltschutz\\_international/20091203\\_umweltschutz\\_international\\_hintergrund\\_klimagipfel\\_kopenhagen.pdf](http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/umweltschutz_international/20091203_umweltschutz_international_hintergrund_klimagipfel_kopenhagen.pdf) oder als Kurzlink: <http://bit.ly/4EH00M>

BUND und Oxfam Deutschland sind ab 4. Dezember bis zum Ende der UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen. Kontakte vor Ort:

- Antje von Brook, Leitung Internationale Umweltpolitik beim BUND, [antje.vonbroock@bund.net](mailto:antje.vonbroock@bund.net), Handy: +401736071601 und +4561724257
- Jan Kowalzig Klima-Referent bei Oxfam Deutschland,

[jkowalzig@oxfam.de](mailto:jkowalzig@oxfam.de), Handy: +44-7540 702784 und 0049-177-4917135

@@infblk@@

Pressekontakt:

Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher:

Tel. 030-27586-425,

Mobil. 0049-171-8311051

E-Mail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net)

Internet: [www.bund.net](http://www.bund.net)

Originaltext:

BUND

Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/pm/7666/bund>

Pressemappe als RSS:

[http://presseportal.de/rss/pm\\_7666.rss2](http://presseportal.de/rss/pm_7666.rss2)